

Deutschlands Wasserstofftraum wird zu einem jährlichen Alptraum von 9 Milliarden Dollar.

geschrieben von Andreas Demmig | 18. November 2025

zero hedge, Thomas Kolbe / Tyler Durden, 8. November 2025

Der Bundesrechnungshof hat die Wasserstoffstrategie der Bundesregierung verworfen. Weder angebots- noch nachfrageseitig entsprechen die Ergebnisse auch nur annähernd den ambitionierten politischen Zielen. Deutschland droht ein weiteres Subventionschaos.

Berlin leidet unter einem Kater. Die anhaltende Wirtschaftskrise entlarvt schonungslos die Illusionen der sogenannten grünen Transformation. Nach dem Zusammenbruch der Batterieproduktion – man denke nur an Subventionskatastrophen wie Northvolt – dem Rückzug der Industrie vom „grünen Stahl“ und dem Scheitern der Energiewende unter der Last von Wind- und Solarenergie, die sich zu bodenlosen Subventionsgräben entwickelt haben, gerät nun auch das nächste Großprojekt massiv unter Beschuss: die Wasserstoffstrategie.

Das Rechnungsprüfungsamt tritt aus dem Schatten

In einem aktuellen Bericht untersuchte der Bundesrechnungshof die deutsche Wasserstoffwirtschaft – politische Kunst in Reinkultur. Seit 2020 wird der Sektor mit Subventionen überschwemmt. Allein für 2024 und 2025 wurden über 7 Milliarden Euro an Fördermitteln bereitgestellt. Genug Schmiermittel für einen Motor, der von Anfang an stottert und immer noch nicht anspringt.

Private Investoren, angelockt von Garantien und staatlich gestützten Preisen, investieren jährlich über 3 Milliarden Euro. Und was ist das Ergebnis nach fünf Jahren kontinuierlicher Finanzierung? Verheerend. Die aktuelle Produktion von grünem Wasserstoff liegt bei lediglich 0,16 Gigawatt. Weitere 0,2 Gigawatt befinden sich im Bau.

Anders ausgedrückt: Ein Markt, der praktisch nicht existiert, verschlingt bereits jetzt jährlich rund 8 Milliarden Euro – öffentliche und private – wie ein schwarzes Loch.

Wie immer, wenn der Staat versucht, komplexe Wirtschaftszweige zentral zu steuern: Wasserstoff wird in Deutschland zum Subventionsfriedhof, und die Steuerzahler müssen die Zeche zahlen. Der Rechnungshof nennt es höflich „ein finanzielles Risiko für den Steuerzahler“ – aber genau das bedeutet es.

Die Zentralplanung ist gescheitert – schon wieder.

Ja, selbst der Rechnungshof, als Teil des Staatsapparats, folgt dem ideologischen Plan aus Brüssel. Und dennoch ist das Urteil überraschend eindeutig. Die Prüfer stellen zwei zentrale Fragen:

1. Kann Deutschland mit dieser Strategie sein nunmehr verfassungsrechtlich verankertes Ziel der Klimaneutralität bis 2045 noch erreichen?
2. Ist irgendetwas davon wirtschaftlich rentabel?

Ein wesentlicher Kritikpunkt: Das Energieministerium hat die Vorgabe abgeschafft, dass neue Gaskraftwerke wasserstofffähig sein müssen. Dadurch fehlt ein entscheidender Nachfrageimpuls.

Gleichzeitig wird das geplante Wasserstoff-Kernnetz als maßlos überambitioniert bezeichnet. Angebot und Nachfrage stehen in keinem Verhältnis zueinander.

Anders ausgedrückt: Es gibt keine nennenswerte Nachfrage auf dem freien Markt für ein überteuertes Öko-Produkt.

Wer hätte das ahnen können? Die Zentralplanung ist mal wieder kläglich gescheitert.

Abschließend stellt der Rechnungshof fest, dass die dauerhafte staatliche Förderung Gefahren birgt – mit weitreichenden Risiken für die deutsche Industrie und, wie immer, mit unkalkulierbaren Kosten für die Steuerzahler.

Einfach ausgedrückt: Wir erleben die Entstehung einer neuen Nische für grünen Vetternwirtschaftskapitalismus. Ein überteuertes Öko-Produkt wird künstlich hergestellt, obwohl kein realer Markt existiert. Unternehmen ziehen sich zurück und hinterlassen ein vernichtendes öffentliches Urteil über die deutsche Energiepolitik: ein glattes Sechstel.

Eine bemerkenswerte Zurechtweisung

Die Brisanz dieser Kritik liegt in ihrer Quelle: dem Bundesrechnungshof – einer Institution, die politisches Missmanagement üblicherweise toleriert. Dass die Analyse so scharf ausfällt, verdeutlicht das Ausmaß des politischen Versagens, die Verschwendung von Steuergeldern und die übermäßige Verschuldung, die zur Durchsetzung politischer Ziele aufgenommen wurde.

Angesichts der steigenden Staatsverschuldung wird das Rechnungsprüfungsamt noch viel mehr zu tun haben. Allein in diesem Jahr beläuft sich die Nettoneuverschuldung – einschließlich der sogenannten „Sonderfonds“, die nichts anderes als umbenannte Schulden sind – auf etwa 4,7 % des BIP, das weiter schrumpft.

Wenn die Regierung überlebt, die Wirtschaft schwach bleibt und Bundeskanzler Friedrich Merz im Amt bleibt, könnten die gesamten öffentlichen Schulden Deutschlands bis zum Ende der Amtszeit **rund 80 %**

des BIP erreichen.

Der Spielraum für weitere grüne Subventionsprojekte schrumpft rapide.

Keine Industrie, kein Maßstab

Der Mangel an Subventionen ist nicht das einzige Problem. Ein wesentlicher Bremsklotz für den Ausbau der Wasserstofftechnologie ist der Zusammenbruch der deutschen Industrie, der durch ebendiese grüne Transformationspolitik verursacht wurde. Brüssel und Berlin hatten nicht einkalkuliert, dass Investitionen aufgrund explodierender Energiekosten abwandern würden.

Für eine großflächige Wasserstoffproduktion ist eine industrielle Nachfrage erforderlich – doch diese Nachfrage schwindet.

Die Politik taumelt von Subvention zu Subvention, getrieben von der Verzweiflung, frühere, umweltschädliche Projekte am Leben zu erhalten. Es ist ein erschreckendes Schauspiel – für jeden Steuerzahler, der es finanzieren muss.

Und die Wirtschaft hat bereits ihr Urteil gefällt. Nachdem ArcelorMittal eine Subvention in Höhe von 1,3 Milliarden Euro für die Produktion von wasserstoffbasiertem grünem Stahl abgelehnt hatte, folgten andere: HH2E in Thierbach, die Forsight Group und RWE – die sich damit aus einem der größten Wasserstoffprojekte des Landes zurückzogen .

Niemand will diese Subventionsleiche anfassen, egal wie viele neue Kredite Klingbeil und seine Freunde ihr auch immer wieder geben.

* * *

Über den Autor: Thomas Kolbe, geboren 1978 in Neuss, ist Diplom-Volkswirt. Seit über 25 Jahren arbeitet er als Journalist und Medienproduzent für Kunden aus verschiedenen Branchen und Wirtschaftsverbänden. Als Publizist konzentriert er sich auf wirtschaftliche Prozesse und analysiert geopolitische Ereignisse aus der Perspektive der Kapitalmärkte. Seine Publikationen folgen einer Philosophie, die das Individuum und sein Recht auf Selbstbestimmung in den Mittelpunkt stellt.

<https://www.zerohedge.com/markets/germanys-hydrogen-dream-becomes-9-billion-yearly-black-hole>